

Weiland, Raimund

**Article — Digitized Version**

## Der Euro im institutionellen Spannungsfeld

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Weiland, Raimund (2000) : Der Euro im institutionellen Spannungsfeld, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 80, Iss. 9, pp. 565-569

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40520>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Raimund Weiland

# Der Euro im institutionellen Spannungsfeld

*Der Erfolg des Euro wird nicht zuletzt durch die Glaubwürdigkeit der Europäischen Zentralbank bestimmt. Worauf gründet sich dieses Vertrauen? Inwieweit kann eine Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik die Vertrauensbildung stärken?*

Am 1. Januar 1999 ist die Europäische Union gemäß Artikel 121 Absatz 4 EG-Vertrag in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion eingetreten. Zeitgleich wurde in elf Mitgliedstaaten der Euro als einheitliche Währung eingeführt. Damit ist ein historischer Schritt für ein einheitliches Europa getan. Gleichzeitig hat sich eine Verschiebung der Symmetrie der Integration in der EU ergeben: Bis zur Wirtschafts- und Währungsunion galten alle gemeinsamen Regeln früher oder später in allen Mitgliedstaaten. Die Einführung des Euro in einem Mitgliedstaat erfordert aber eine Vielzahl von Voraussetzungen im betreffenden Staat, deren Nichterfüllung die Teilnahme an einem essentiellen Integrationsbereich über einen langen Zeithorizont – gegebenenfalls sogar dauerhaft – ausschließt.

Mit der Wirtschafts- und Währungsunion sind neue Institutionen oder Änderungen bei bestehenden Institutionen verbunden. Dies wurde beispielsweise bei der Bildung der Europäischen Zentralbank deutlich. Institutionen sind dabei als ein System von Normen (einschließlich Garantieinstrumente) anzusehen, das auf ein bestimmtes Zielbündel ausgerichtet ist<sup>1</sup>. Normen können sich einerseits aus kulturell gewachsenen informellen Beschränkungen und andererseits aus formalen Regeln ergeben<sup>2</sup>. Die Einhaltung von Normen wird durch positive oder negative Sanktionen anderer Akteure ermöglicht, wobei aber die Entstehung, die Änderungen, die Einhaltung bzw. Durchsetzung von Normen mit Transaktionskosten verbunden sind. Diese Kosten, beispielsweise zur Überwachung von Normen, entstehen unter anderem aufgrund von nicht zu beseitigenden Unsicherheiten beim Verhalten von Individuen im Umgang miteinander. Eine Möglichkeit, diese Unsicherheiten abzubauen, ist das Vorhandensein von Vertrauen. Dazu gehört,

dass ein gewisses Verhalten des Gegenüber erwartet werden kann, weil beispielsweise das kulturelle Umfeld den Missbrauch des Vertrauens ausschließt. Vertrauen kann dabei auch durch unabhängige Dritte gestärkt werden, deren sachkompetentes und selbst wiederum glaubwürdiges Urteil vertrauensbildend wirkt.

## Unabhängige Zentralbank

Mit der Einführung des Euro und der Schaffung eines supranationalen Währungsraums steht die Geld- und Wechselkurspolitik als nationales Instrument nicht mehr zur Verfügung. Lediglich Art. 111 EG-Vertrag belässt in wenigen Fällen dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN-Rat) eine begrenzte Entscheidungsfreiheit in Währungsfragen, beispielsweise bei Vereinbarungen über ein Wechselkurssystem für den Euro gegenüber Drittstaaten.

Die selbst verordnete Aufgabe von Kompetenzen im Bereich der Geld- und Währungspolitik ist mit der Schaffung einer neuen Institution verbunden, der Europäischen Zentralbank bzw. ihres Vorläufers, des Europäischen Währungsinstituts. Die Geldpolitik wird seit der Euro-Einführung für den gesamten Euro-Raum einheitlich von der neuen Zentralbank bestimmt. Sie ist gemeinsam mit den nationalen Zentralbanken der Euro-Länder gemäß Art. 105 EG-Vertrag dem vorrangigen Ziel der Preisniveaustabilität verpflichtet. Wie bei jeder Zentralbank ist das wesentliche Kapital der EZB das Vertrauen der Kapitalmärkte in ihre Geldpolitik. Vertrauen durch eine angemessene und konsequente Geldpolitik zu schaffen und dauerhaft zu bewahren, ist somit von Anfang an ein Hauptanliegen der EZB gewesen und ist es letztlich

---

*Dr. Raimund Weiland, 38, ist Referent im Bundesministerium der Finanzen. Er vertritt in diesem Beitrag seine persönliche Meinung.*

<sup>1</sup> Vgl. R. Richter: Sichtweise und Fragestellungen der Neuen Institutionenökonomik, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 110. Jg. (1990), S. 571-579, siehe besonders S. 572.

<sup>2</sup> Vgl. D. C. North: Institutional Change and Economic Theory, in: Journal of Institutional and Theoretical Economics, Vol. 145 (1989), S. 238-245, siehe besonders S. 239.

immer noch. Eine Voraussetzung, um Vertrauen zu erwerben, ist die Unabhängigkeit einer Zentralbank bei der Auswahl ihrer (Zwischen-)Ziele und Instrumente sowie die Unabhängigkeit ihrer Mitglieder im Direktorium gegenüber politischen Einflussmöglichkeiten.

Die EZB und die am Euro beteiligten nationalen Zentralbanken haben im Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) ihre Unabhängigkeit in Art. 107 EG-Vertrag und in einer eigenen Satzung<sup>3</sup> institutionell besonders abgesichert: Änderungen bzw. Einschränkungen der Unabhängigkeit können nur einstimmig erfolgen. Diese Sicherung der für das ESZB zentralen Unabhängigkeit geht über die institutionelle Absicherung der viel gerühmten Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank hinaus: Diese erfolgt lediglich durch ein einfaches Bundesgesetz<sup>4</sup>.

<sup>3</sup> Vgl. Protokoll über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank.

<sup>4</sup> Vgl. T. Sarrazin: Der Euro. Chance oder Abenteuer?, Bonn 1998, S. 113 f.

<sup>5</sup> So sieht es auch die EZB. Vgl. C. Noyer in einem Interview „Wir müssen unsere Strategien besser vermitteln“ in: Börsen-Zeitung vom 31. 12. 1999. Abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 1/2000 vom 6. 1. 2000, S. 3-5.

### Transparenz erhöhen

Die Unabhängigkeit allein ist zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung, um Glaubwürdigkeit und damit Vertrauen zu schaffen. Vertrauen muss wachsen, d.h. auf verlässliche Erfahrungen der Beteiligten zurückgreifen können. Dieser Prozess wird gestärkt, wenn die Zentralbank ihre Überlegungen, Strategien und Ziele besser, d.h. transparenter und nachvollziehbarer, der Öffentlichkeit vermitteln kann<sup>5</sup>. Insoweit ist auch verständlich, wenn immer wieder verlangt wird, dass die Inhalte über die Beratungen der EZB-Sitzungen veröffentlicht werden sollten. Dies würde vielleicht die Verlässlichkeit kurzfristig erhöhen, hätte aber den Nachteil, dass Beratungen in der EZB nicht mehr einer gewissen Verschwiegenheit unterliegen würden, sondern in vollem Umfang der Kritik in der Öffentlichkeit ausgesetzt würden. Der öffentliche Druck auf „unliebe“ Mitglieder im Direktorium könnte unangemessen erhöht werden und eine sachbezogene Arbeit behindern. Weiterhin ist es für die Glaubwürdigkeit nicht förderlich, wenn die Märkte den Eindruck gewinnen, dass unterschiedliche Direktoriumsmitglieder nicht immer dieselbe Auffassung nach außen vertreten.

Horst Rodemer/Hartmut Dicke

## Globalisierung, Europäische Integration und internationaler Standortwettbewerb

Nach dem Wiedergewinn der staatlichen Einheit Deutschlands wuchs in vielen Teilen der Welt die Angst vor einem übermächtigen Machtstaat in der Mitte Europas. Durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam wurden die Befürchtungen unserer Nachbarn weitgehend zerstreut. Zugleich wurden ökonomische Entscheidungen getroffen, über deren Richtigkeit auch in der Fachöffentlichkeit bis heute Uneinigkeit besteht. War es nicht ein Fehler, die gute D-Mark durch den Euro und die weltweit hohes Vertrauen genießende Bundesbank durch eine um Anerkennung ringende europäische Zentralbank zu ersetzen? Kann Deutschland angesichts des in Maastricht und Amsterdam eingeschlagenen Weges jemals wieder seine traditionelle Spitzenposition in der Produktivitäts- und Einkommenshierarchie zurückgewinnen?

Die Autoren dieses Bandes setzen sich kritisch und auch für Nicht-Fachleute verständlich mit den im Rahmen der Europäischen Integrationspolitik getroffenen Weichenstellungen auseinander. Zugleich suchen sie nach Wegen, wie Deutschland erfolgreich auf die Herausforderungen der Globalisierung reagieren kann. Ihre Antworten unterscheiden sich von den gängigen Rezepten, sind unangenehm für die Politik und verlangen Opfer von allen Beteiligten.

2000, 325 S., brosch., 98,- DM, 715,- öS, 89,- sFr, ISBN 3-7890-6767-9



**NOMOS Verlagsgesellschaft · 76520 Baden-Baden**

Zwar könnten als eine Möglichkeit der Vertrauensbildung Prognosen durch die EZB veröffentlicht werden und damit die Transparenz der Entscheidungen erhöht werden. Jedoch wird es auch dann schwierig bleiben, im Einzelfall Aussagen über den Umfang notwendiger Zinssatzanpassungen zu machen, eine Restunsicherheit würde weiterhin bleiben<sup>6</sup>.

Die Vertrauensbildung der EZB wird zusätzlich dadurch erschwert, dass sie eine geldpolitische Mischkonzeption aus Geldmengensteuerung und mittelfristiger Einhaltung eines Preisniveauziels verfolgt. Dieses Konzept wurde von keiner Zentralbank vorher explizit angewandt<sup>7</sup>.

### Bundesbank als Vorbild

Die Glaubwürdigkeit der EZB ist auch von der kulturellen Prägung bestimmt, die ihrer institutionellen Regelungen und ihrer Geldpolitik zugrunde liegt. Die in der EU ursprünglich unterschiedlichen Vorstellungen und Regelungen über und von Zentralbanken haben sich in den Jahren vor der Euro-Einführung verstärkt an den Vorstellungen und Normen ausgerichtet, die in Deutschland mit der Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank verbunden sind. Insoweit haben andere EU-Mitgliedstaaten wie Frankreich ihre kulturellen Normen stärker anpassen müssen, als dies für Deutschland notwendig war<sup>8</sup>. Von dieser Entwicklung profitiert auch die EZB, da sie indirekt an der grundsätzlichen Glaubwürdigkeit des Systems „Bundesbank“ partizipiert, die aufgrund der jahrelangen Erfahrungen mit der Bundesbank gewachsen ist. Insoweit strahlt die gewachsene Glaubwürdigkeit der Bundesbank auf die Glaubwürdigkeit der EZB positiv aus, und es wurde ein bei der Bundesbank gewachsenes „Stück“ Vertrauen auf die EZB übertragen<sup>9</sup>.

Berücksichtigt werden muss auch, dass das Vertrauen letztlich vom tatsächlichen Verhalten der EZB und von ihren Direktoriumsmitgliedern abhängt, die selbst meist nicht unbedingt in der Tradition der Bundesbank stehen. Die Schaffung von Vertrauen benötigt jedoch Zeit. Allein deshalb konnte es der EZB bisher nicht gelingen, ein hinreichendes Vertrauenskapital zu bilden. Insoweit ist z.B. ein voreiliger Vergleich mit alten Zentralbanken wie der Deutschen

Bundesbank oder gar der Federal Reserve in den USA, wie er immer wieder angestellt wird, zum jetzigen Zeitpunkt nicht unproblematisch.

Seit der Einführung des Euro wurde die Geldpolitik der EZB in der breiten Öffentlichkeit und in der Fachwelt besonders aufmerksam beobachtet. Keine Institution dürfte seit 1999 eine solch breit angelegte, weltweite Beachtung ihrer Politik erfahren haben wie die EZB. In Deutschland wurde naturgemäß die Politik mit derjenigen der Bundesbank in früheren Jahren verglichen.

### Wirtschaftspolitik in der Euro-Zone

Während die Geldpolitik supranational ausgerichtet wird, verbleibt die Wirtschaftspolitik grundsätzlich in der Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten. Dies könnte voreilig zu dem Schluss führen, dass institutionelle Änderungen nicht notwendig seien. Diese Sichtweise wäre genauso einseitig und falsch wie die Feststellung, dass durch die Einführung des Euro ein „institutionelles Vakuum“ entstanden sei, das zu makroökonomischen Fehlleistungen führen könnte<sup>10</sup>.

Wirtschaftspolitik kann seit der Einführung des Euro nicht mehr auf nationaler Ebene erfolgen, ohne auch die Interessen anderer EU-Mitgliedstaaten zu berühren. Es existieren beachtliche Spillovers. So kann eine expansive Finanz- und Wirtschaftspolitik eines Mitgliedstaates negative Inflations- und Zinswirkungen für alle Mitgliedstaaten zur Folge haben. Um dieses Verhalten zu verhindern, wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt beschlossen<sup>11</sup>. Erste institutionelle Änderungen mit Auswirkungen auf die nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik erfolgten also schon mit der Einrichtung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, um finanzpolitische Fehler einzelner Mitgliedstaaten mit negativen Auswirkungen auch auf alle Mitgliedstaaten zu sanktionieren<sup>12</sup>.

Nicht zuletzt verlangt auch Art. 99 EG-Vertrag, dass die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse betrachten und diese nach Maßgabe des Art. 98 EG-Vertrag im Rat koordinieren. Je mehr koordiniert wird, desto mehr wird aber ein notwendiger Systemwettbewerb

<sup>6</sup> Vgl. N. Häring: Zwei Igel sind des Hasen Tod, in: Financial Times Deutschland vom 8. März 2000. Abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 12/2000 vom 8. 3. 2000, S. 4-5.

<sup>7</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1999/2000, Wiesbaden 1999, RZ 72.

<sup>8</sup> Vgl. R. Clapham: Zur nationalen Wirtschaftsordnung in der EG, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 44. Jahr, Tübingen 1999, S. 179-199, siehe besonders S. 182.

<sup>9</sup> Inwieweit dies auch auf andere nationale Zentralbanken des heutigen Euro-Raums zutrifft, kann an dieser Stelle unberücksichtigt bleiben.

<sup>10</sup> So M. Heine, H. Herr: Verdrängte Risiken der Euro-Einführung, in: WSI Mitteilungen, 52. Jg. (1999), S. 539-547, s. bes. S. 539.

<sup>11</sup> Vgl. im Detail R. Weiland: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, 29. Jg. (2000), S. 99-102.

<sup>12</sup> Vgl. R. Clapham, a.a.O., S. 193.

erschwert<sup>13</sup>. Die Erkenntnis, dass eine stärkere Kooperation der nationalen Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene notwendig ist, hat über den Stabilitäts- und Wachstumspakt hinaus auch einen institutionellen Niederschlag gefunden. Dies wird häufig weniger intensiv diskutiert als die institutionellen Regelungen der Geldpolitik.

### Die Euro-11-Gruppe

Zur Verstärkung der wirtschaftlichen Koordinierung in der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion erörtern die Finanzminister der dem Euro-Raum angehörenden Mitgliedstaaten gemäß der Entschließung des Europäischen Rats in Luxemburg im Dezember 1997 in einem informellen Rahmen Fragen, die im Zusammenhang mit ihrer gemeinsam getragenen besonderen Verantwortung für die einheitliche Währung stehen<sup>14</sup>. Nach der Festlegung des Teilnehmerkreises auf die elf Teilnehmerstaaten wird dieses informelle Gremium „Euro-11-Gruppe“ genannt<sup>15</sup>. Die Europäische Kommission und gegebenenfalls der Präsident der Europäischen Zentralbank werden zu den Treffen der Euro-11-Gruppe eingeladen. Die Euro-11-Gruppe trifft sich regelmäßig vor den Treffen des Rats der EU-Wirtschafts- und Finanzminister zu informellen Beratungen. Der informelle Charakter der Euro-11-Gruppe wird durch den bewussten Verzicht auf die Schaffung neuer Strukturen wie die Einrichtung eines eigenen Sekretariats, auf die Erstellung eines eigenen Statuts bzw. den Verzicht auf eine eigene Geschäftsordnung deutlich<sup>16</sup>. Weiterhin wird kein Protokoll erstellt, so dass keine öffentlichen Unterlagen für eine Information der Öffentlichkeit existieren.

Die Treffen der Euro-11-Gruppe haben nach Auffassung der Bundesregierung zu einem verbesserten Meinungsaustausch über wichtige Belange der gemeinsamen Währung geführt und das gegenseitige Verständnis gefördert. Dabei hat sich ein gewisser Konsens in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und über Handlungsnotwendigkeiten eines jeden Mit-

gliedstaates herausgebildet<sup>17</sup>. Dieser Konsens kann für die Stabilität des Euro und für die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik im Euro-Raum genutzt werden. Jedoch ist es deutlich schwieriger, den Konsens auf der Ebene der Euro-11-Gruppe in die tägliche Praxis der nationalen Haushalts- und Finanzpolitik umzusetzen. Die Vorgaben auf der europäischen Ebene können aber bei einem Land mit einer vergleichsweise weniger erfolgreichen nationalen Finanzpolitik als Peer pressure wirken.

### Der ECOFIN-Rat

Zentrales Entscheidungsgremium für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik bleibt aber der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister, dem alle 15 EU-Mitgliedstaaten angehören. Damit gelingt eine gewisse institutionelle Kontinuität auf der wirtschaftspolitischen Seite. Mit der nach wie vor zentralen Stellung des ECOFIN-Rats werden die vier nicht am Euro beteiligten Staaten, die sogenannten Pré-Ins<sup>18</sup>, indirekt an wichtigen Entscheidungen beteiligt. Auch sind die Pré-Ins nicht völlig von den Diskussionen in der Euro-11-Gruppe abgeschnitten, da deren Treffen vom Wirtschafts- und Finanzausschuss vorbereitet werden, dem neben der EZB und der Europäischen Kommission alle 15 EU-Mitgliedstaaten angehören<sup>19</sup>. Ohnehin werden im ECOFIN-Rat die jährlich aufgestellten „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ (Art. 99 EG-Vertrag) als das für alle Mitgliedstaaten und für die Gemeinschaft relevante Koordinierungsverfahren erarbeitet<sup>20</sup>.

Auch die institutionellen Regelungen im Bereich der Wirtschaftspolitik sind vom Vertrauen der Verbraucher, der Unternehmer und der Finanzmärkte abhängig. Hier muss das Vertrauen in eine angemessene Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken erst wachsen. Leider wurde mit der Entscheidung vom Frühjahr 1999, mit der Italien eine Ausweitung der Defizitquote von den ursprünglich geplanten 2,0% auf bis zu 2,4% des BIP ermöglicht wurde, ein ungünstiges Zeichen gesetzt. Damit wurde die Glaubwürdigkeit einer strikten Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten im frühen Stadium der Wirtschafts- und Währungsunion erschüttert<sup>21</sup>. Die Devisen- und Kapital-

<sup>13</sup> Vgl. H. Klodt: Leitlinien zur internationalen Politikkoordination. Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 343, Kiel 1999.

<sup>14</sup> Vgl. Ziffer 6. der Entschließung des Europäischen Rats vom 13. Dezember 1997 über die wirtschaftspolitische Koordinierung in der dritten Stufe der WWU und zu den Artikeln 109 und 109b des EG-Vertrags. Abgedruckt in Europäische Kommission (Hrsg.): Wirtschafts- und Währungsunion. Kompendium des Gemeinschaftsrechts, Luxemburg 1999, S. 103-106.

<sup>15</sup> Wenn Griechenland erwartungsgemäß zum 1. 1. 2001 den Euro einführen wird, wird die Gruppe Euro-12-Gruppe genannt werden.

<sup>16</sup> Vgl. W. Glomb: Bedarf die Wirtschafts- und Währungsunion einer gemeinsamen „Wirtschaftsregierung“?, in: R. Caesar, H.-E. Scharrer (Hrsg.): Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Regionale und globale Herausforderungen, Bonn 1998, S. 15-24, siehe besonders S. 17.

<sup>17</sup> Vgl. H. Eichel: Comeback des Euro, in: EURO am Sonntag, 6. 2. 2000, S. 8.

<sup>18</sup> Dies sind zur Zeit Großbritannien, Griechenland, Dänemark und Schweden.

<sup>19</sup> Vgl. zum Wirtschafts- und Finanzausschuss C. Köhler: Volkswirtschaftlicher Kurzkommentar: Vertragliche Grundlage der Europäischen Währungsunion, Berlin 1999, S. 32 f.

<sup>20</sup> Vgl. im Überblick über Koordinationsinstrumente und -gremien EZB: Jahresbericht 1999, Frankfurt 2000, S. 83 f.

märkte haben auf die Italien-Entscheidung reagiert. Der direkte Einfluss dieser Entscheidung auf den Euro-Kurs mag zwar nur kurzfristig gewesen sein, langfristig ist aber allein durch die Tatsache, dass es möglich war, von der ursprünglichen Planung abzuweichen, ein erheblicher Vertrauensverlust eingetreten.

Während der ECOFIN-Rat durch seine öffentlichen Verlautbarungen eine gewisse Reputation aufbauen konnte und eine gewisse institutionelle Kontinuität bei der Wirtschaftspolitik gewahrt hat, ist dies der Euro-11-Gruppe bisher weitgehend versagt geblieben. Was genau in der informellen Gruppe besprochen wird und wie dies letztlich über den ECOFIN-Rat in eine europäisch abgestimmte Wirtschaftspolitik einfließt, ist für Außenstehende kaum nachvollziehbar. Die „Euro-11-Gruppe“ steckt in einem gewissen Dilemma: Auf der einen Seite ist gerade der informelle Charakter zentral für die Einrichtung, um offen und ohne Protokollverpflichtungen Probleme der Wirtschaftspolitik lösungsorientiert besprechen zu können. Auf der anderen Seite behindert dies aber gerade den notwendigen Aufbau eines Vertrauenskapitals.

#### **Institutionen und EU-Erweiterung**

Hinzu kommt, dass die Euro-11-Gruppe mit dem Beitritt Griechenlands zum Euroraum ab 1. Januar 2001 um ein Mitglied erweitert wird, das sich nach Einschätzung vieler nicht gerade durch eine konsequente Stabilitätspolitik ausgezeichnet hat. Solche Erweiterungen bringen grundsätzlich Unruhe in ein institutionelles Arrangement, da die Koordination der Wirtschaftspolitik jeweils neu eingeübt werden muss. Wenn man bedenkt, dass durch die in wenigen Jahren anstehende Osterweiterung der EU zunächst der ECOFIN-Rat und dann zeitverzögert auch die Euro-11-Gruppe um eine große Anzahl von Mitgliedern erweitert und damit bei unveränderter institutioneller Regelung letztlich immer unbeweglicher werden wird, so bleibt wenig Optimismus für eine notwendige Vertrauensbildung bestehen. Inwieweit institutionelle Reformen des EG-Vertrags hier Abhilfe schaffen können, bleibt abzuwarten. Aber zumindest scheint sich im Zuge der EU-Präsidentschaft Frankreichs im zweiten Halbjahr 2000 die politische Einsicht durchgesetzt zu haben, dass bei der Euro-11-Gruppe institutionelle Änderungen notwendig sind<sup>22</sup>.

Das herrschende Vertrauensdefizit im Bereich der EU-Wirtschaftspolitik muss zügig abgebaut werden, um letztlich auch den Außenwert des Euro zu stützen. Der gegenwärtige Wirtschaftsaufschwung in der Euro-Zone ist daher unbedingt für eine grundlegende

stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene zu nutzen. Nur der Erfolg solcher einer Wirtschaftspolitik kann langfristig ein Vertrauenskapital bilden. Während die Geldpolitik ihre Ziele und Instrumente der Öffentlichkeit vermitteln konnte, bestehen auf diesem Gebiet im Bereich der europäischen Wirtschaftspolitik noch Defizite.

Um langfristiges Vertrauen zu erlangen, müssen häufig jedoch politisch unpopuläre Maßnahmen ergriffen und durchgesetzt werden. Erfahrungen aus der politischen Ökonomie zum Verhalten von Politikern lassen aber eine gewisse Skepsis aufkommen, ob dies der Fall sein wird. Weiterhin kann die mit einer verstärkten Koordination der Wirtschaftspolitik verbundene Beschränkung des Systemwettbewerbs auch dahingehend interpretiert werden, dass solche Wettbewerbe trotz vielerlei anderslautender Bekundungen letztlich nicht von den Politikern erwünscht sind. Auch hier besteht noch ein großer Erläuterungsbedarf für die Öffentlichkeit, um ein Vertrauen aufbauen zu können.

#### **Schlussbemerkungen**

Institutionelle Regelungen prägen auch den Erfolg der gemeinsamen europäischen Währung. Für die Geldpolitik steht die Europäische Zentralbank im Zentrum der Diskussion um einen stabilen Euro. Vernachlässigt bleibt aber die institutionelle Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik, die nach wie vor in nationaler Kompetenz liegt. Die daraus entstehende Spannung führt zu einem nur begrenzten Vertrauen in die notwendige und politisch angekündigte Koordination der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene. Die Folge davon ist eine Schwächung der europäischen Währung, die nicht zuletzt auch durch den beschwerlichen Aufbau von Vertrauen behoben werden kann. Die aktuelle Initiative Frankreichs im Rahmen der EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2000 zur Stärkung der Euro-11-Gruppe zeigt, dass hier auch von Seiten der Politik ein Änderungsbedarf erkannt wurde.

Die Geldpolitik ist für die Eurozone wichtig, aber auch das Regelwerk der europäischen Wirtschaftspolitik muss kritisch hinterfragt werden. Wenn es nicht gelingt, die Wirtschaftspolitik trotz nationaler Zuständigkeit erfolgreich zu europäisieren, droht dem Euro auch langfristig ein stiefmütterliches Dasein. Europäisierung der Wirtschaftspolitik darf aber nicht mit einer Zentralisierung verwechselt werden.

<sup>21</sup> Vgl. C.-H. Schlag: Die Budgetpolitik in der EWU, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 80. Jg. (2000), H. 2, S. 112-119, siehe besonders S. 113 f. und R. Weiland, a.a.O., S. 102.

<sup>22</sup> Vgl. R. Graham: Paris to seek more Euro-11 influence on single currency, in: Financial Times vom 2. Juni 2000, S. 1 und 2.